

Beide Parteien sind einig in der Verurteilung dieser Pläne, deren Verwirklichung die Spaltung Europas vertiefen, die Vorherrschaft des deutschen Monopolkapitals verstärken und die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen der betroffenen Länder vergrößern würde.

Der österreichische Staatsvertrag und die Neutralitätserklärung Österreichs haben den Plänen des Imperialismus einen Schlag versetzt. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erblickt in der Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs einen wesentlichen Fortschritt der Politik des Friedens und der Verständigung. Die entscheidende Kraft für die Verteidigung der Neutralität Österreichs ist die Arbeiterklasse, die einen beständigen Kampf gegen die NATO und den deutschen Militarismus führen muß. Die Kommunistische Partei Österreichs betrachtet es als eine ihrer entscheidenden Aufgaben, das ganze österreichische Volk für die Sicherung der Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs zu mobilisieren.

Beide Parteien sind sich dessen bewußt, daß der wiedererstandene deutsche Militarismus eine ernste Bedrohung der Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs und darüber hinaus der Existenz des Landes ist. Die deutschen Imperialisten bereiten erneut wirtschaftlich, politisch und militärisch die Unterwerfung Österreichs vor.

Beide Parteien erklären, daß die zwischen den Regierungen Westdeutschlands und Österreichs getroffenen Vereinbarungen über die Rückgabe sogenannten ehemaligen deutschen Eigentums an Westdeutschland in Wirklichkeit dem Monopolkapital und den Militaristen in Westdeutschland zugute kommen und daher die Interessen des österreichischen und des deutschen Volkes verletzen. Die Kommunistische Partei Österreichs hat die Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu dieser Frage begrüßt und stellt fest, daß die österreichische Regierung durch die einseitigen Vereinbarungen mit Westdeutschland unter Mißachtung der Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten auch die Grundsätze der Neutralitätspolitik Österreichs verletzt hat. Beide Parteien stimmen in ihrem entschiedenen Protest gegen diesen Vertrag überein.

III

Angesichts der durch die Entwicklung in Westdeutschland entstandenen bedrohlichen Lage gewinnt die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik immer größere Bedeutung. Die Deutsche Demo-